

06.3111 – Interpellation

Public-Private-Partnerships. Wie ist die momentane Situation, und woraus besteht die Strategie des Bundes?

Eingereicht von Didier Burkhalter
Einreichungsdatum 23.03.2006
Eingereicht im Nationalrat
Stand der Beratung Erledigt

Eingereichter Text

Die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor (Public-Private-Partnerships, PPP) stellt eine moderne und innovative Möglichkeit dar, Aufgaben zugunsten der Gemeinschaft zu erfüllen. Das Ziel dieser Zusammenarbeit ist klar: öffentliche Leistungen erbringen und gleichzeitig bei Qualität und Kosten von der Dynamik des privaten Sektors profitieren. Laufende Projekte im Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport zeigen, dass in einigen Diensten des Bundes ein konkretes Interesse an PPP besteht.

In Anbetracht dessen und mit dem Ziel, ein genaueres und vollständigeres Bild der momentanen Situation zu erhalten, bitte ich den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist sich der Bundesrat bewusst, dass ein grosses allgemeines Interesse an einer stärkere Nutzung des Potenzials der PPP im Rahmen der Aufgaben des Bundes besteht?
2. Hat er die Entwicklung der PPP in seinen strategischen Leitlinien berücksichtigt? Und gedenkt er, PPP als konstruktives und innovatives Element in seine Verwaltungsreform zu integrieren?
3. Besteht auf Bundesebene bereits eine konkrete Organisation für Projekte der öffentlich-privaten Zusammenarbeit? Wenn dies nicht der Fall ist, hält die Regierung es für sinnvoll, für derartige Schritte rasch und auf möglichst einfache Weise Strukturen zu schaffen, damit die Zuständigkeiten geklärt sind und ein Erfahrungsaustausch zwischen den interessierten Departementen und Abteilungen sowie auch eine schnellere Umsetzung der Projekte ermöglicht wird?
4. Kann der Bundesrat eine Zusammenstellung der Projekte und Machbarkeitsstudien im Bereich der PPP auf Bundesebene veröffentlichen und deren Hauptziele und den Stand der Arbeiten verdeutlichen?

Antwort des Bundesrates vom 31.05.2006

Partnerschaften mit Privaten im Sinne von PPP können unter bestimmten Bedingungen zu einer optimalen Zuordnung der Risiken und Komplexitäten, zur Nutzung der Innovationskraft der Privatwirtschaft und damit letztlich zu einem effizienteren Einsatz öffentlicher Mittel beitragen. Der Bund pflegt deshalb bereits eine sehr intensive und vielfältige Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor. Er lässt beispielsweise die LSVA-Erfassungsgeräte von Privaten entwickeln, produzieren und unterhalten; im Informatikbereich arbeiten verschiedene Bundesämter mit der Privatwirtschaft zusammen; auch bei Bauten und Renovationen überträgt das Bundesamt für Bauten und Logistik die meisten Arbeiten an Privatunternehmen. Diese Projekte und Tätigkeiten laufen zwar nicht offiziell unter dem Namen PPP, sind aber im Sinn und Geist dieses Konzepts. Auch im Verkehrsbereich, wo der Bund hauptsächlich Subventi-

onsgeber ist, werden die Bauten von Privaten erstellt. Bei der Neat wie bei anderen Verkehrsprojekten (z. B. "Umfahrung Rapperswil" und "M2 Lausanne") wurde die Durchführung mittels PPP im engeren Sinn geprüft; mit den entsprechenden Studien konnten jedoch keine entscheidende Vorteile der PPP-Lösungen aufgezeigt werden.

Die grössten Chancen von PPP sieht der Bundesrat vor allem auf kantonaler und kommunaler Ebene, wo die Projekte meist kleiner und überschaubarer sind. Sinnvolle Anwendungen von PPP auf Bundesaufgaben könnten am ehesten in den Bereichen des Verwaltungshochbaus (insbesondere Spezialbauten), der Informatik (Beschaffung und Betrieb, E-Government), der Kultur (Landesmuseum) und des Militärs (Beschaffung und Logistik) bestehen. Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur (Strasse, Schiene) gestaltet sich die Anwendung von PPP für den Bund schwieriger, da er nicht als Bauherr, sondern als Subventionsgeber auftritt. Erfahrungen zeigen, dass PPP-Lösungen unter solchen Bedingungen nicht zu empfehlen sind, da zu viele Schnittstellen entstehen. Der Bundesrat ist jedoch weiterhin bereit, PPP-Lösungen gegebenenfalls mit konventionellen Lösungen zu vergleichen.

Der Bund beteiligt sich personell sowie finanziell an dem 2006 entstehenden, selber als PPP ausgestalteten Kompetenznetzwerk PPP. Dieses hat zum Ziel, einen Beitrag zur Lancierung und Umsetzung von PPP in der Schweiz zu leisten, Pilotprojekte insbesondere auf kantonaler Ebene zu begleiten und standardisierte Methoden zu erarbeiten. Weiter soll das Netzwerk ein Wissensportal betreiben, wo entsprechende Studien und Erfahrungsberichte publiziert werden sollen. Der Bund kann vom Erfahrungsaustausch in diesem Netzwerk profitieren und sich an der Entwicklung von PPP in der Schweiz beteiligen. Er kann ferner seine eigenen Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit Privaten einbringen und so seine Bedürfnisse besser zum Ausdruck bringen. Die Beteiligung des EFD und des VBS am Kompetenznetzwerk soll für die ganze Bundesverwaltung von Nutzen sein und zum Aufbau der notwendigen Kompetenzen beitragen.

23.06.2006 NR Erledigt.